



Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

29. Sitzung (nicht öffentlich)

25. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitz: Adolf Retz (SPD)

Stenograph: Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/3300 und 12/3400

Vorlagen 12/2207, 12/2223, 12/2414, 12/2415 und 12/2224

Ausschußprotokoll 12/980

1

a) Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

1

Der Ausschuß nimmt den unveränderten Einzelplan 15 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Das Ergebnis der Einzelabstimmungen ist aus der Vorlage 12/2475 zu ersehen.)

b) Einzelplan 20 - Kapitel 20 030, 20 070 und 20630

2

Der Ausschuß stimmt den in seiner Zuständigkeit liegenden Kapiteln zu.

(Das Ergebnis der Einzelabstimmungen ist aus der Vorlage 12/2483 zu entnehmen.)

2 Regionalen OWL 2000 sowie 2004 und 2006

3

Der Ausschuß läßt sich über den Stand der Planungen für die Regionale 2000 und das Vorgehen für die Regionalen 2004 und 2006 informieren.

3 Eröffnung des Preußen-Museums in Wesel

7

Der Ausschuß nimmt einen Bericht zum Preußen-Museum in Wesel/Minden entgegen.

4 Aktuelle Viertelstunde

hier: **Bericht über angebliche Manipulationen von Abrechnungen an staatlich geförderten Bauprojekten durch die Veba Immobilien AG**

Auf Antrag der CDU-Fraktion

8

Minister Vesper und weitere Ministeriumsvertreter nehmen zu den in einem Zeitungsbericht dargestellten angeblichen Manipulationen Stellung und beantworten Fragen der Abgeordneten.

5 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau von Fehlsubventionen im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen (4. AFWOÄndG NW)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 12/3469

14

Der Ausschuß kommt überein, die abschließende Beratung erst nach dem Vorliegen des angekündigten Berichts des Ministeriums zu diesem Thema Anfang des nächsten Jahres durchzuführen.

6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3300 und 12/3400
Vorlagen 12/2207, 12/2223, 12/2414, 12/2415 und 12/2224
Ausschußprotokoll 12/980

15

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

15

Der Ausschuß nimmt den Einzelplan 14 unter Berücksichtigung der vom Ausschuß gefaßten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

(Das Ergebnis der Einzelabstimmungen ist in der Vorlage 12/2475 festgehalten.)

Nach Abwicklung der Tagesordnung

Der Ausschuß beschließt einstimmig, daß zwischen den Sprechern der Termin und der Ablauf der Ausschußreise nach Frankreich abgestimmt und vorbereitet werden soll.

(Kein Diskussionsteil)

Aus der Diskussion

Der Ausschuß vereinbart die Beratung der Tagesordnungspunkte in der sich aus dem Protokoll ergebenden Reihenfolge.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/3300 und 12/3400

Vorlagen 12/2207, 12/2223, 12/2414, 12/2415 und 12/2224

Ausschußprotokoll 12/980

(Hinweis: Im folgenden sind nur diejenigen Diskussionsbeiträge niedergeschrieben, die über die Begründungen zu den Anträgen in den Anlagen zu den Vorlagen 12/2480 bezüglich Einzelplan 15 und 12/2483 bezüglich Einzelplan 20 - dort finden sich auch die Ergebnisse der Einzelabstimmungen - hinausgehen.)

a) Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Zu lfd. Nr. 1:

Gerd-Peter Wolf (SPD) erklärt zu dem CDU-Antrag, der Ansatz zur Öffentlichkeitsarbeit werde benötigt.

Zu lfd. Nr. 2:

Hedwig Tarner (GRÜNE) lehnt für ihre Fraktion, diesen Antrag der CDU bezüglich des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung ab. Das Institut leiste gute Arbeit und solle nicht unter Druck gesetzt werden, weitere Einnahmen zu erzielen. - **Gerd-Peter Wolf (SPD)** schließt sich den Ausführungen der Vorrednerin an und ergänzt, natürlich seien Mehreinnahmen erwünscht, aber im Haushalt sollte realistisch veranschlagt werden. Nichtsdestotrotz könne dem ILS mitgeteilt werden, daß der Ausschuß durchaus die Möglichkeit für

die Erzielung zusätzlicher Einnahmen sehe. Möglicherweise könne dann für den Haushalt 2000 realistisch ein höherer Einnahmenansatz ausgebracht werden.

b) Einzelplan 20 - Kapitel 20 030, 20 070 und 20630

Zu lfd. Nr. 3:

Siegfried Zellnig (CDU) verweist auf die gegründete Beteiligungsgesellschaft und bittet, gelegentlich im Ausschuß darüber zu berichten, ob diese Gesellschaft dazu beigetragen habe, daß zugunsten des Wohnungsbaues eine höhere Rendite fließe.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) begrüßt diese Bitte und merkt zu dem CDU-Antrag an, daß dieser im Grunde eine noch gar nicht getroffene Entscheidung impliziere. Diese Entscheidung betreffe zunächst einmal die Systematik des Bankenwesens in der Bundesrepublik. Sie halte es für sinnvoll, wenn man sich einmal über den Stand des Verfahrens bei der EU informiere. Bislang würden nur Gerüchte und Einschätzungen transportiert. Sollte eine entsprechende Entscheidung fallen, werde mit Sicherheit überlegt werden müssen, wie eine sinnvolle Refinanzierung aussehe. Sie schlage vor, sich Anfang des Jahres einmal generell über den aktuellen Sachstand des Verfahrens berichten zu lassen und über die damit zusammenhängenden Fragen zu diskutieren. Im Moment hielte sie die Annahme des Antrages der CDU-Fraktion für ein falsches Signal. Sie hoffe immer noch, das öffentlich-rechtliche Bankenwesen in der bisherigen Form erhalten zu können.

Gerd-Peter Wolf (SPD) bekräftigt, daß ein solcher Haushaltsvermerk als Präjudiz für eine Kommissionsentscheidung gewertet werden könne. Für den Fall, daß es zu Entscheidungen komme, die zu Mehreinnahmen führten, werde aber über deren Verwendung geredet.

Der Antrag gehe in zwei Richtungen, präzisiert **Siegfried Zellnig (CDU)**, einmal gehe es um das Thema, über das die EU-Kommission zu entscheiden habe. Diese Entscheidung sollte abgewartet werden. Der andere Gesichtspunkt sei darin zu sehen, daß die Übertragung der Wfa einen hohen Eigenkapitalanteil für die WestLB bedeute. Wenn ein solches Vorgehen bei einem Privaten erfolge, werde zumindest eine Bürgschaft ausgesprochen. Nach seiner Erinnerung sei vor zwei Jahren im Haushalt ein Betrag von 15 Millionen DM als geldwerter Vorteil von der WestLB zugunsten von Wohnungszwecken eingeflossen. Da dieser Sachverhalt nunmehr über die Beteiligungsgesellschaft abgewickelt werden solle, interessiere ihn schon, ob diese den zuvor genannten Betrag erhalte. Vielleicht seien nämlich durch das Entstehen der Beteiligungsgesellschaft 15 Millionen DM für den Wohnungsbau verlorengegangen.

Gerd-Peter Wolf (SPD) unterbreitet den Einigungsvorschlag, sich zu diesem Gesamtkomplex von der Landesregierung einen Bericht vorlegen zu lassen. - **Vorsitzender Adolf Retz** teilt mit, daß dieser Punkt als Merkposten bereits festgehalten gewesen sei.

2 Regionalen OWL 2000 sowie 2004 und 2006

MDgt Dr. Roters (MASSKS) berichtet:

Nach der 10jährigen Durchführung der IBA Emscher-Park hat die Landesregierung mit der Ausschreibung vom 13. März 1997 für die Bewerbung zur Durchführung der Regionale Kultur und Naturräume in Nordrhein-Westfalen einen weiteren Schritt unternommen, um die Regionen des Landes in ihrem Zusammenhalt und in ihrem Zusammenwirken zu stärken, was nach unserer Überzeugung im internationalen Wettbewerb um Standortqualität immer bedeutsamer wird.

Ziel dieser Regionale ist es, daß die Regionen, die sich selbst in ihrem räumlichen Zuschnitt definieren, ihr spezifisches Profil nach außen und die Identifikation nach innen stärken und daß die praktische Zusammenarbeit aller regionalen Kräfte - auch der Wirtschaft - eine neue Qualität erreicht. Die Handlungsfelder sind übergreifend und gehen weit über den Städtebau hinaus und hinein in Kultur, Natur, Arbeit und Wirtschaft.

Ich möchte zunächst einen kurzen Überblick über den Stand des Verfahrens EXPO-Initiative OWL, also über die erste Regionale im Jahr 2000, geben: Die Region Ostwestfalen-Lippe hat als erste das Angebot der Landesregierung genutzt und ihre Regionale unter das Motto "Wir holen die Weltausstellung", die im Jahre 2000 stattfinden wird, "zu uns". Nach der Auftaktveranstaltung im April 1997 wurden 280 Projektideen von Vereinen, Unternehmen, Gemeinden, Verbänden oder auch Einzelpersonen zu vier Handlungsfeldern vorgelegt - Ostwestfalen als Technologieregion, Ostwestfalen als Gesundheitsregion, Ostwestfalen als Kulturregion und Regionale/Heilgarten 2000.

Von den zur Bewertung und zum Management geschaffenen Gremien der OWL Marketing GmbH wurden 60 Projekte und der interkommunale Heilgarten 2000 auf den Qualifizierungsweg gegeben. Nach dem jetzt erkennbaren Verfahrensstand zeichnet sich ab, daß im Jahre 2004 davon 34 Projekte und der Heilgarten 2000 präsentiert werden können. Bemerkenswert ist die große Zahl der Projekte im Handlungsfeld Technologie. Von den 31 angemeldeten Projekten werden 19 realisiert werden können.

Das Profil der Gesundheitsregion baut bisher auf elf Projektanmeldungen auf. Davon erscheinen gegenwärtig vier als realisierbar und finanziell gesichert. Die Region beginnt - wie man daran sieht -, die Gesundheitswirtschaft als einen der Zukunfts-